

Niederschrift
über die 18. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg
am 16.06.2016

Tagungsort: Sitzungssaal des Bürgerzentrums "Amt Dornberg",
Wertherstraße 436

Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 18:05 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Frau Viehmeister Bezirksbürgermeisterin

CDU

Herr Graeser
Frau Hülsmann-Pröbsting ab 16:40 Uhr
Herr Kleinesdar Fraktionsvorsitzender
Herr Paus

SPD

Herr Gieselmann Fraktionsvorsitzender ab 16:15 Uhr
Herr Sensenschmidt
Frau Zier

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Haemisch
Herr John Fraktionsvorsitzender
Herr Steinkühler

BfB

Herr Huber

Die Linke

Herr Vollmer

FDP

Herr Ettrich

Nicht anwesend:

Herr Berenbrinker, CDU

Verwaltung:

Frau Bölling-Giesecke Volkshochschule
Frau Hennen Umweltbetrieb

Herr Imkamp Büro des Rates (Schriftführung)

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Frau Bezirksbürgermeisterin Viehmeister begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur 18. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 16.06.2016 sowie deren Beschlussfähigkeit fest.

Zu Punkt 1 **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Dornberg**

Es werden keine Fragen gestellt.

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 17. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 19.05.2016**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 17. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 19.05.2016 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

Ersatz der provisorischen Straßenbeleuchtung an der Dornberger Straße im Bereich Kerkebrink bis Westfeld durch eine erdverkabelte Anlage

Herr Imkamp informiert, dass die bislang provisorische Straßenbeleuchtung an der Dornberger Straße im Bereich Kerkebrink bis Westfeld, bestehend aus Holzmasten und Freileitung, durch eine erdverkabelte Beleuchtungsanlage ersetzt werden solle. Derzeit werde geprüft, ob für Teile der Maßnahme Anliegerbeiträge anfallen. Die Gesamtkosten für diese Baumaßnahme würden ca. 57.000,- € betragen.

Zu Punkt 4 **Anfragen**

**Zu Punkt 4.1 Neu hergerichtete Wege im Auenpark Dornberg zwischen Spandauer Allee und Wertherstraße
(Anfrage von Herrn Huber [BfB] vom 31.05.2016)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3317/2014-2020

Anfrage:

Warum wurden die Wege im Dornberger Auenpark zwischen Spandauer Allee und Wertherstraße ausschließlich mit grobem, grauem Kies gedeckt?

Begründung:

Vorher war, wie im Bereich unterhalb der Spandauer Allee auch jetzt noch, ein Teil des Gehweges gepflastert und der andere Teil daneben mit feinem, rotem Kiessand bedeckt. Gerade für die Hunde ist der grobe Kiesbelag ungeeignet. Für Fußgänger ohne festes Schuhwerk ist der Belag ebenfalls unangenehm. Radfahrer werden diesen groben Kies ebenfalls nicht schätzen.

Von Herrn Imkamp wird die Antwort des Umweltbetriebes verlesen:

Der Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld führt in dem beschriebenen Bereich derzeit die Erneuerung der wassergebundenen Wege durch. Hierbei werden die Wege über das Niveau der angrenzenden Rasenflächen aufgebaut, sodass stehendes Wasser zu den Seiten hin abgeführt werden kann. Die Arbeiten sind noch nicht abgeschlossen, es handelt sich um einen Zwischenstand. Die noch fehlende Deckschicht aus feinkörnigem Material wird kurzfristig in den kommenden Wochen aufgebracht werden. Bei den überarbeiteten Wegen in diesem Bereich handelte es sich nicht wie irrtümlich angenommen um halbseitig gepflasterte Wege.

Herr Huber teilt ergänzend mit, dass der Umweltbetrieb die fehlende Deckschicht mittlerweile an einigen Stellen im Park aufgetragen hätte. Nach den starken Regenfällen der letzten Tage sei aber auch festzustellen, dass der feine Kies den Wassermassen nicht gänzlich standhalten könnte und teilweise zur Seite hin weggeschwemmt worden sei. Hier müsste die Verwaltung praktikablere Lösungen finden.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

**Zu Punkt 5.1 Städtebauliche Entwicklung in Babenhausen
(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.06.2016)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3329/2014-2020

Antragstext:Sachverhalt:

In Anbetracht der bereits stattgefundenen Diskussion im StEA und der aktuellen Berichterstattung in der Bielefelder Presse zu den Plänen, in Babenhausen großflächige städtebauliche Entwicklungen zu realisieren, stellen wir zur nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird aufgefordert unverzüglich und umfassend die für die o. g. Flächen zuständige Bezirksvertretung Dornberg über die Planungen in öffentlicher Sitzung zu informieren. Dabei soll besonders auf folgende Fragen eingegangen werden:

- Um welche Flächen/Gebiete handelt es sich konkret?*
- Wie sind diese Flächen zurzeit im GEP und FNP ausgewiesen?*
- Welche Planungen/Visionen sind seitens der Bielefelder Hochschulen bekannt?*
- Wie ist die individual verkehrliche Erschließung geplant?*
- Gibt es bereits Stellungnahmen von moBiel zur ÖPNV-Erschließung?*
- Welche Naturschutzbelange werden tangiert?*
- Stehen die Flächen zur Verfügung, hat es bereits Gespräche mit den Besitzern gegeben?*
- Mit welcher Bauart ist zu rechnen: Gebäude für Wissenschaft, sozialer Wohnungsbau, Studentenwohnungen, Einfamilienhäuser, Geschosswohnungsbau?*

Herr John begründet den Antrag mit einhergehender Kritik an dem Vorgehen der Verwaltung, solche eindeutig bezirksrelevanten Planungen in kaum vorstellbarer Größenordnung im ersten Schritt über die Presse veröffentlichen zu lassen. Eine frühzeitige Beteiligung der Bezirksvertretung hätte vor dem Hintergrund vieler offener Fragestellungen unabweislich erfolgen müssen. Seine Fraktion beurteilt die vorliegenden Konzepte, insbesondere zur verkehrlichen Erschließung der Plangebiete, äußerst skeptisch. Der zu beschließende Fragenkatalog sollte überdies um die Notwendigkeit fachbezogener Stellungnahmen zur Bevölkerungs- und Wohnungsmarktentwicklung des Amtes für Demographie und Statistik sowie der NRW.Bank ergänzt werden. Das weitere Verfahren sei im Rahmen einer gesamtstädtischen Arbeitsgruppe unter Mitwirkung der Bezirksvertretung fortzuführen.

Herr Kleinesdar vertritt die Meinung, dass die Berichterstattung der Presse in diesem Fall recht öffentlichkeitswirksam und damit auch übertrieben ausgefallen sei. Die eigentlichen Planungen könnten aber unbestritten als überdimensioniert erachtet werden. Er hege zum Beispiel starke Zweifel daran, dass eine Nordumgehung durch viele sensible Naturschutzbereiche mit Realismus verfolgt werden könnte. Die CDU-Fraktion würde dem Antrag zur Klärung der offenen Fragen zustimmen.

Seitens Herrn Huber werden die besagten Presseartikel eher als Vision verstanden, die aber ohne Frage erst öffentlich gemacht werden sollten,

wenn vorab entsprechende Beratungen zwischen der Politik und allen beteiligten Stellen stattgefunden hätten.

Frau Zier und Herr Sensenschmidt stimmen mit ihren Vorrednern in dem Standpunkt überein, dass das Verfahren in der bisherigen Art und Weise nicht fortgeführt werden dürfte. Eine Beteiligung der Bezirksvertretung sei genauso wie das erforderliche Maß an öffentlicher Transparenz zwingend geboten. Allerdings sei es demgegenüber offensichtlich, dass die Presse mitunter als Meinungsplattform für verschiedenste Interessensgruppen und Institutionen diene und derartige Aussagen mit der notwendigen Objektivität betrachtet werden müssten. Zudem würde der Antrag womöglich den Beratungsergebnissen der in Kürze bevorstehenden Abstimmung zur Ortsteilentwicklung in Babenhausen vorgeifen. Da der gesamte Prozess noch nicht richtig begonnen hätte, müsste man auch nicht übereifrig handeln und beschließen.

Herr Steinkühler erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass man die Entwicklung eines neuen Ortsteilentwicklungskonzeptes vorrangig mit der Intention beschlossen hätte, städtebauliche Optionen für Erweiterungs- oder Abrundungsabsichten in Babenhausen festzuhalten. Die in Rede stehende Variante habe aber eine weitaus größere Dimension und dürfte zudem nicht intern bzw. unter Ausschluss der Öffentlichkeit thematisiert werden.

Herr Vollmer ärgert sich, dass solche Planungen ohne vorherige Beteiligung der Bezirksvertretung veröffentlicht werden. Unabhängig der Tatsache, dass in Bielefeld dringend neuer Wohnraum geschaffen werden müsste, dürfte das eigens angestoßene Ortsteilentwicklungskonzept dadurch nicht zu stark beeinträchtigt werden.

Herr Ettrich unterstreicht das Erfordernis einer öffentlichen Auseinandersetzung mit den Planungen. Dem Antrag würde er zustimmen.

Frau Viehmeister schlägt vor, den Fragenkatalog insofern zu ergänzen, dass neben den Stellungnahmen von moBiel zur ÖPNV-Erschließung auch Alternativlösungen für eine nördliche Erschließung des Plangebietes erarbeitet werden sollen.

Sodann fasst die Bezirksvertretung unter Bezugnahme der Ergänzungen von Herrn John und Frau Viehmeister folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert unverzüglich und umfassend die für die o. g. Flächen zuständige Bezirksvertretung Dornberg über die Planungen in öffentlicher Sitzung zu informieren. Dabei soll besonders auf folgende Fragen eingegangen werden:

- **Um welche Flächen/Gebiete handelt es sich konkret?**
- **Wie sind diese Flächen zurzeit im GEP und FNP**

ausgewiesen?

- Welche Planungen/Visionen sind seitens der Bielefelder Hochschulen bekannt?
- Wie ist die individual verkehrliche Erschließung geplant?
- Gibt es bereits Stellungnahmen von moBiel zur ÖPNV-Erschließung, insbesondere hinsichtlich einer nördlichen Alternativerschließung zur Stadtbahn Linie 4?
- Welche Naturschutzbelange werden tangiert?
- Stehen die Flächen zur Verfügung, hat es bereits Gespräche mit den Besitzern gegeben?
- Mit welcher Bebauungsart ist zu rechnen: Gebäude für Wissenschaft, sozialer Wohnungsbau, Studentenwohnungen, Einfamilienhäuser, Geschosswohnungsbau?

Hinsichtlich der perspektivischen Bevölkerungs- und Wohnungsmarktentwicklung wird um entsprechende Stellungnahmen des Amtes für Demographie und Statistik sowie der NRW.Bank gebeten.

Das weitere Verfahren in der Angelegenheit soll im Rahmen einer gesamtstädtischen Arbeitsgruppe unter Mitwirkung der Bezirksvertretung Dornberg fortgeschrieben werden.

- einstimmig beschlossen -

-.--

Zu Punkt 5.2

Verbesserung der Verkehrssicherheit an der Kreuzung Schröttinghauser Straße/Beckendorfstraße (Antrag der CDU-Fraktion vom 06.06.2016)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3330/2014-2020

Antragstext:

Die Verwaltung wird gebeten, die Kreuzung Schröttinghauser Straße/Beckendorfstraße auf mögliche bauliche Verbesserungen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit zu überprüfen.

Herr Paus begründet den Antrag und erinnert daran, dass eine bauliche Optimierung der Kreuzung schon des Öfteren in der Bezirksvertretung thematisiert worden sei. Da sich an dieser Stelle vor Kurzen erneut ein schwerer Unfall ereignet hätte, sollte sich die Verwaltung dringend Gedanken über verkehrssichernde Maßnahmen machen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, die Kreuzung Schröttinghauser Straße/Beckendorfstraße auf mögliche bauliche Verbesserungen

zur Erhöhung der Verkehrssicherheit zu überprüfen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 6

Friedhofsbedarfsplanung und Kapellenkonzept

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3012/2014-2020

Frau Hennen vom Umweltbetrieb erläutert anhand einer Präsentation (siehe Anlage 1 zur Niederschrift) zunächst die Grundlagen der gesamtstädtischen Friedhofbedarfsermittlung, um dann im Besonderen das Mittel der Außerdienststellung von Flächen näher zu erklären. Den Kirchdornberger Friedhof betreffend hätte man einen Flächenüberschuss in Höhe von 2,3 Hektar errechnet, der durch die Aufgabe bzw. den Verkauf der vorhandenen Erweiterungsfläche mit 14.000 m² reduziert werden solle. Zum Kapellenkonzept sei generell auszuführen, dass es einen signifikanten Unterschied zwischen den Gebühreneinnahmen und den Unterhaltungskosten der Objekte gebe und demzufolge jährliche Subventionierungen in Höhe von ca. 381.000,- € erfolgen müssten. Auch wenn die Kapelle in Kirchdornberg keine Ausnahme sei und einen durchschnittlichen Fehlbetrag von 291,- € pro Nutzung aufweisen würde, verfolge man hier das Ziel, die Räumlichkeiten weiter zu entwickeln. Während man bereits vor Kurzen den Angehörigenraum durch eine neue Möblierung aufgewertet hätte, stünden in den folgenden Jahren noch Reparaturmaßnahmen an Türen, Fenstern und der Bestuhlung an.

Auf Nachfragen von Herrn Graeser und Herrn Kleinesdar berichtet Frau Hennen, dass die Nutzung der Friedhofskapellen durch verschiedene Alternativangebote insgesamt sehr stark an Attraktivität verloren hätte. Neben der Tatsache, dass viele Bestattungsunternehmen ihre Räumlichkeiten für Trauerfeiern bedarfsgerecht modernisiert hätten, sei die sinkende Nachfrage gleichzeitig dem Umstand geschuldet, dass sich die wenigen Objekt-Investitionen der vergangenen Jahre vornehmlich am Gebäudeäußeren wiederfinden und das Interieur demgemäß nicht mehr den Vorstellungen der Nutzer entsprechen würde.

Herr Steinkühler erinnert an die Beratungen unter Punkt 5.1 der Tagesordnung und sieht in Hinblick auf mögliche Wohnraumexpansionen auf Dornberger Gebiet langfristig das Erfordernis zusätzlicher Friedhofsflächen. Man dürfe jetzt nicht voreilig Reserve-Flächen aufgeben, wenn die Zahl der Nutzer zukünftig noch stark ansteigen könnte.

Frau Hennen antwortet, dass eine solche Bevölkerungsentwicklung vor dem Hintergrund der aktuell zur Verfügung stehenden Friedhofsflächen eher unkritisch betrachtet werden müsste. Der fortwährende Trend zur Urnenbestattung und die Aufgabe vieler großer Familiengrabstätten könnten vielmehr dazu führen, dass in einigen Jahren über weitere Flächenreduktionen nachzudenken sei. Eine Außerdienststellung würde auch nicht zwangsläufig einen Verkauf nach sich ziehen – über die

genaue Verfahrensweise werde die Bezirksvertretung zu gegebenen Zeit nochmals angehört.

Herrn Gieselmanns Anmerkung, die zur Disposition stehende Fläche eventuell einer anderen, für den Stadtbezirk vorteilhaften Nutzung zuzuführen greift Herr John auf und bittet mit Verweis auf die aktuell in der Diskussion stehenden Verwaltungsplanungen einer großflächigen städtebaulichen Entwicklung in Babenhausen darum, die westlich gelegene Erweiterungsfläche mit ca. 1,4 ha bei einer Außerdienststellung perspektivisch für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Auge zu behalten.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg empfiehlt dem Rat der Stadt wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt das beigefügte Konzept zur Friedhofsbedarfsplanung und das vorgelegte Kapellenkonzept für die künftige Bewirtschaftung der kommunalen Friedhöfe.

- bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung mit großer Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 7

Programm der Volkshochschule - Nebenstelle Dornberg - Studienjahr 2016/2017

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3031/2014-2020

Frau Bölling-Giesecke (VHS) berichtet anhand der Vorlage zu den Schwerpunkten des neuen Programms für den Stadtbezirk Dornberg und weist ergänzend darauf hin, dass die vollständige Programmübersicht sowie der Geschäftsbericht der Volkshochschule ab sofort im Internet zum Download bereit stünden. Im Anschluss beantwortet sie verschiedene Fragen der Bezirksvertretungsmitglieder zu den Inhalten einzelner Angebote.

Auf Nachfrage von Herrn Gieselmann, ob denn auch Sprachkurse mit „Deutsch als Fremdsprache“ im neuen Programm berücksichtigt seien, führt Frau Bölling-Giesecke aus, dass man in bestimmten Bezirken nun vermehrt Sprachkurse für Flüchtlinge anbieten würde. Auf gesamtstädtischer Ebene treffe man konkrete Absprachen mit anderen Anbietern, um dem gesteigerten Bedarf gerecht werden zu können. In Dornberg gebe es zurzeit keine entsprechenden Planungen der Volkshochschule.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg beschließt das VHS-Programm 2016/2017 für den Stadtbezirk Dornberg.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8 Bezirkliche Sondermittel

Nach kurzer Beratung fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

Aus den bezirklichen Sondermitteln sind folgende Zahlungen zu veranlassen:

- **Zuschuss für die Veranstaltung „25 Jahre Seniorenrat“
in der Ravensberger Spinnerei** **50,-
€**
- **Anschaffung einer TERRA.vista-Tafel als Hinweis
auf den ehe. Kohlebergbau in Kirchdornberg** **1.500,- €**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 9 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Zu Punkt 9.1 Hinweisschilder auf den Stadtbezirk Dornberg

Drucksache: 2979/2014-2020

Unter Bezugnahme des Beschlusses der Bezirksvertretung vom 07.04.2016 teilt das Amt für Verkehr mit, dass an den innerorts liegenden Standorten Wertherstraße (Grenze Schildesche zu Dornberg, Fahrtrichtung stadtauswärts) und Schloßhofstraße (Grenze Schildesche zu Dornberg, Fahrtrichtung stadtauswärts) grundsätzlich Ortsteiltafeln vorgesehen seien. An der Wertherstraße fehle dieses Schild. An der Schloßhofstraße stehe eins mit dem Text „BI-Großdornberg“. Die Bezeichnung Großdornberg sei an diesem Standort nicht korrekt. Es sei daher ein Auftrag an den Umweltbetrieb erteilt worden, an beiden Standorten eine Beschilderung mit dem Text „BI-Dornberg“ aufzustellen. Der Standort Babenhauser Straße (Grenze Schildesche zu Dornberg, Fahrtrichtung stadtauswärts) befinde sich dagegen außerhalb geschlossener Ortschaft. Dort würde bereits eine Ortshinweistafel auf

den Stadtteil Babenhausen hinweisen. Weiterhin weise die Ortsausgangstafel auf den Ortsteil Großdornberg hin. Eine weitere zusätzliche Beschilderung (Doppelbeschilderung) an diesem Standort sei nicht zulässig und könnte daher nicht erfolgen.

Herr Steinkühler weist darauf hin, dass in der Hainteichstraße an der Stadtbezirksgrenze von Schildesche zu Dornberg ebenfalls eine entsprechende Ortshinweistafel fehlen würde und noch nachträglich aufgestellt werden müsste.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9.2 Sanierung Randstreifen Beckendorfstraße

Drucksache: 2991/2014-2020

Zur Aussage des Amtes für Verkehr, dass die Sanierung des Randstreifens an der Beckendorfstraße im Sinne des Beschlusses der Bezirksvertretung Dornberg vom 07.04.2016 umgesetzt worden sei, entgegnet Herr Paus, dass die lockere Schotterfläche wohl kaum dazu geeignet sei, im Winter den trittfesten Untergrund eines Schulweges darzustellen. In Folge von leichten Regenfällen hätten sich bereits nach kurzer Zeit große Rillen auf der Oberfläche gebildet. Seine Fraktion beantrage daher, das Votum der Bezirksvertretung zur Sanierung des Randstreifens durch erneuten Beschluss zu bestärken.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Randstreifen der Beckendorfstraße zwischen Deppendorfer Straße und Campingstraße so herzurichten, dass die Oberfläche dauerhaft gegen Witterungseinflüsse geschützt ist und auch im Winter als Schulweg genutzt werden kann.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-